Comité International de Mauthausen

Allemagne | Autriche | Belgique | Biélorussie | Espagne | États-Unis d'Amérique | France | Grèce | Hollande | Hongrie | Israel | Italie | Luxembourg | Pologne | Russie | Serbie | Slovénie | Tchéquie | Ukraine

Menschenrechte symposium Mauthausen - Gusen - St Georgen
9. November 2023

Botschaft von Guy Dockendorf, Präsident des CIM

Liebe Freunde,

Um die Reichweite des Artikels 6 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (AEMR) von 1948 zu ergründen habe ich mich auf der Webseite des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen schlau gemacht.[1] :

Artikel 6: *Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden*.

Es ist der Kürzeste Artikel der *AEMR*, sehr eng verbunden mit den 5 darauffolgenden Artikeln (7,8,9,10 und 11) : *Gleichheit vor dem Gesetz* | *Zugang zur Justiz* | *Schutz vor arbiträrer Verhaftung, Haft oder Exilierung* | *Recht auf einen fairen Prozess* | *Prinzip der Unschuldsvermutung.*

Artikel 6 selbst gilt für das gesamte Spektrum der Rechte. Wenn eine Person nicht "als Person vor dem Gesetz" anerkannt wird, können zahlreiche Rechte, auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, gefährdet sein.

Den Verfassern der Erklärung waren die Missbräuche des Naziregimes noch frisch im Gedächtnis, und sie dachten, dass diese Bestimmungen den stärksten Schutz gegen künftige Menschenrechtsverletzungen nach Art der Nazis bieten würden.

Artikel 6 ist im Zusammenhang mit dem Phänomen des erzwungenen oder unfreiwilligen Verschwindens in den Blickpunkt gerückt - der Praxis bestimmter Regimes, Menschen zu entführen, zu inhaftieren - und häufig zu töten -, wobei ihre Familien nur selten in der Lage sind, ihr Schicksal in Erfahrung zu bringen.

Der erste Fall, in dem das gewaltsame Verschwindenlassen ausdrücklich und schamlos gesetzlich gebilligt wurde, war, als Hitler im Dezember 1941 den Befehl "Nacht und Nebel" erließ, um Tausende von Menschen aus den besetzten Teilen Europas heimlich nach Deutschland zu überführen, von denen viele vermutlich später getötet wurden. Die Maßnahme richtete sich gegen die Zivilbevölkerung, um jede Form

[1] https://www.ohchr.org/en/press-releases/2018/11/universal-declaration-human-rights-70-30-articles-30-articles-article-6

des Widerstands zu unterbinden. Die Ungewissheit über das Schicksal der Verschwundenen - die allen normalen rechtlichen Schutzmaßnahmen und Verfahren entzogen waren, die sie hätten genießen sollen, nachdem sie mitten in der Nacht aufgegriffen worden waren - sollte die Gesellschaft als Ganzes terrorisieren und lähmen. Sie wurden, um einen von den Nazis verwendeten Begriff zu verwenden, "in Nebel verwandelt".

Ein anderes Beispiel aus den 70/80 er Jahren: die Mütter der Plaza de Mayo (Asociación Madres de Plaza de Mayo), die jahrelang gegen das gewaltsame Verschwinden ihrer Kinder während des "Schmutzigen Krieges" in Argentinien zwischen 1976 und 1983 protestierten. Mit weißen Tüchern, die die Windeln ihrer Kinder symbolisieren sollten, trotzten die Frauen der Militärdiktatur und demonstrierten vor dem Präsidentenpalast, um Informationen über ihre verschwundenen Kinder zu erhalten.

Allerdings ist das Verschwindenlassen ein globales Problem, das nicht auf eine bestimmte Region beschränkt ist: Die UN-Arbeitsgruppe für erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwindenlassen hat seit 1980 60.703 Fälle aus 112 Ländern überprüft. 47.774 Fälle in 97 Staaten stehen immer noch offen.

Die Nichtanerkennung vor dem Gesetz, wie sie in Artikel 6 gefordert wird, ist natürlich viel weitreichender als das Problem des Verschwindenlassens. In einigen Ländern haben Frauen vor dem Gesetz immer noch nicht die gleichen Rechte wie Männer. So gibt es beispielsweise 32 Länder, in denen Frauen die Erlaubnis ihres Mannes benötigen, um einen Reisepass zu beantragen, und 30 Länder, in denen Frauen ihren Wohnsitz nicht frei wählen können.

Und das vielleicht größte Problem für die 10 Millionen bekannten staatenlosen Menschen ist, dass sie von einigen - oder sogar allen - Gesetzen und Systemen ausgeschlossen sind, die die Bürger eines Landes schützen sollen. Dieser rechtliche Schwebezustand kann nicht nur für die Staatenlosen selbst verheerende Auswirkungen haben: Ihre Kinder und Enkelkinder können ihre Staatenlosigkeit wie eine abstrakte genetische Krankheit erben, da ihre Geburten nicht registriert werden können, weil ihre Eltern in den Augen des Gesetzes nicht existieren. Diese 10 Millionen sind nur ein Teil der weltweit 117 Millionen vertriebenen Menschen – auch diese Zahl ist höher als je zuvor.

Viele teilen noch immer den Traum des Physikers Albert Einstein, der 1933 sagte, als sein Heimatland Deutschland im Faschismus zu versinken begann: "Solange ich die Wahl habe, werde ich nur in einem Land bleiben, in dem politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz die Regel sind." Doch in einer Zeit, in der Flüchtlingen immer mehr Hindernisse in den Weg gelegt werden, um ihr Recht auf Asyl vor Verfolgung wahrzunehmen, ist Einsteins Traum - und der in der AEMR festgelegte Weg dorthin - für viele immer noch unerreichbar.